

COMEBACK DER CAMPUS-MAUT?

Erst zahlen, dann lernen: Noch vor ein paar Jahren war es in zahlreichen Bundesländern üblich, 500 Euro Studiengebühren pro Semester zu bezahlen. Das Bezahlstudium ist mittlerweile flächendeckend abgeschafft – könnte aber eine Wiederauferstehung erleben.

Der Zeitpunkt war klug gewählt, als sich Horst Hippler, der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), zu Wort meldete. Für das laufende Wintersemester wurde ein neuer Rekord verkündet: 2,7 Millionen Studierende drängeln sich aktuell in den deutschen Hörsälen, so viele wie nie zuvor. Kein Wunder, dass Unis und FHs angesichts solcher Zahlen deutlich mehr Geld für ihre Arbeit forderten. „Die Hochschulen sind jetzt schon völlig unzureichend ausgestattet“, sagte Hippler – und kramte, neben Finanzforderungen an Bund und Länder, noch eine andere mögliche Geldquelle aus der politischen Mottenkiste: Studienbeiträge – und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als mit Niedersachsen gerade erst das letzte Bundesland zum Studium ohne Bezahlung zurückgekehrt war.

Auch andere Bundesländer hatten im vergangenen Jahrzehnt die Campus-Maut eingeführt, dann aber – nach teils heftigen Protesten von Studierenden – wieder abgeschafft. Dass Horst Hippler ausgerechnet jetzt nach einem Comeback ruft, hat deshalb nicht nur bei Studentenvertretern und dem Deutschen Studentenwerk, sondern auch bei Hochschulpolitikern für Kopfschütteln gesorgt. „Das ist abschließend geklärt“, winkte selbst der bayerische Wissenschaftsminister Ludwig Spaenle ab. Der CSU-Mann hatte, entgegen seiner ursprünglichen Überzeugung, die Studiengebühren im Freistaat unter großem öffentlichen Druck vor zwei Semestern wieder abgeschafft: „Wir haben eine gesellschaftliche Debatte geführt, bei der herauskam, dass die Allgemeinheit und nicht die Studierenden und ihre Familien für die Verbesserung der Lehre aufkommen sollen.“ Dabei bleibe es jetzt auch.

STUDIENGEBÜHREN SEIEN GERECHTER ALS KINDERGARTENGEBÜHREN

Besonders viel Widerspruch rief Hipplers Vorstoß beim studentischen „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“ (ABS) hervor. Hinter



Hoffentlich gibt es den Karton und alle anderen Protest-Plakate noch ...

der Forderung stehe eine „verstärkte Tendenz zur Verharmlosung von Weiterbildungs- und Studiengebühren“, sagt ABS-Koordinator Kurt Stiegler und warnt: „Wenn wir nicht aufpassen, ist der Zugang zu freier Bildung in Deutschland in Gefahr!“ Von den zuständigen Landesministern fordert er deshalb, ganz nach bayerischem Vorbild: „ein klares Bekenntnis gegen sozial ungerechte Bildungsgebühren.“

Sozial ungerecht sei es aber gerade, kein Geld fürs Studium zu bezahlen, argumentieren die Unterstützer des Hippler-Vorschlags. Zu ihnen gehört Heino von Meyer, Leiter des Berliner OECD-Zentrums (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Der Einkommensvorteil von Akademikern, sagt von Meyer, sei gegenüber den Nicht-Akademikern in den letzten Jahren weiter gewachsen. Umso mehr könnten sie sich an den hohen Kosten eines Studiums beteiligen. „Studiengebühren sind besser als Gebühren, die für den Besuch eines Kindergartens erhoben werden“, sagt auch OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher – und ärgert damit Studentenvertreter Kurt Stiegler vom ABS: „Schleicher versucht, verschiedene Bildungsbereiche gegeneinander auszuspielen. Stattdessen müsste er genau das Gegenteil fordern, denn in Deutschland ist es besonders schwer, ein Studium aufzunehmen, wenn die Eltern über keinen akademischen Abschluss verfügen.“ Selbst ohne allgemeine Studiengebühren, so Stiegler, würde fast jeder fünfte Student in Deutschland seine Ausbildung aus finanziellen Gründen abbrechen.

Doch der HRK-Chef gibt sich unbeeindruckt. „An allen Ecken und Enden“ werde schon jetzt in den Bundesländern über die klammen

Hochschulfinanzen diskutiert. Wenn an Unis und FHs noch stärker gespart werden müsse, prognostiziert Horst Hippler, werde sich die öffentliche Ablehnung der Gebühren bald ändern – und dann auch die Politik umdenken.

Die Frage ist nur, ob dieses Umdenken auch dann einsetzt, wenn wieder zahlreiche Studierende ihre alten Plakate auspacken und erneut gegen die Campus-Maut demonstrieren. Einmal haben sie so schließlich schon gewonnen.

TEXT // ARMIN HIMMELRATH
FOTO // GETTY IMAGES



MÖGLICHE GEBÜHREN-ALTERNATIVEN

Idee 1: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer. „Die besten Talente aus aller Welt suchen Spitzenuniversitäten, um sich dort unter Beteiligung an den Kosten auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten und um die Reputation der Universität in den eigenen Lebenslauf mitzunehmen. So einfach. Warum nicht bei uns?“ (Wolfgang A. Herrmann, Präsident der TU München)

Idee 2: Nachgelagerte Studienbeiträge. Während das Studium selbst gebührenfrei ist, zahlen die Absolventen nach dem Examen für einige Jahre einen bestimmten Anteil ihres Einkommens an die Universität zurück. Wer viel verdient, zahlt entsprechend mehr. (Nach Vorbild der privaten Uni Witten/Herdecke, hält das CHE – Centrum für Hochschulentwicklung für machbar)